

Ölscheichs und Entwicklungshilfe

Autor(en): **Braunschweig, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **68 (1974)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142357>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gerechtigkeit. Man sagt uns, der Klassenkampf sei nur eine Mache fremder Agenten. In Wirklichkeit existieren Klassenkampf und Bedrückung der einen durch die anderen. Das ist der «American way of life». Die «Marines» unternehmen ihre Strafexpeditionen einzig, um «Ruhe und Ordnung» wiederherzustellen, und die mit Washington verbündeten Regierungen bannen Streiks und verbieten Gewerkschaften.

Die Geister aller Revolutionen, die in der langen Geschichte Lateinamerikas unterdrückt worden sind, erscheinen wieder in den neuen Experimenten, als ob die Gegenwart aus den Widersprüchen der Vergangenheit herauswüchse. Die Geschichte ist ein Prophet, der rückwärts schaut. Aus dem, was ist, kündigt sich an, was sein wird.

Eduardo Galeano in «Monthly Review», Sept. 1973

Ölscheichs und Entwicklungshilfe

Ist Entwicklungshilfe angesichts des Ölboykotts noch möglich — noch nötig? So fragen viele, und andere fragen schon gar nicht mehr, sondern haben ihre Meinung längst gebildet: «Die haben jetzt selbst genug Geld!» und: «Das ist wohl der Dank für die Entwicklungshilfe, daß die uns jetzt so kommen!» Die «die», von denen dabei die Rede ist, sind die Araber, oft noch präziser: die arabischen Ölscheichs.

Zwei Hinweise

Entwicklungshilfe, die ernst genommen werden will, dient sicher nicht der Unterstützung von Ölscheichs oder anderer Superreichen der Dritten Welt, vielmehr versteht sich Entwicklungshilfe gerade als Prozeß, der nicht nur die sozialen Unterschiede zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, sondern gerade auch das Gefälle zwischen Reich und Arm innerhalb der Länder der Dritten Welt abbaut. So verstandene Entwicklungshilfe ist angesichts des jetzt in die Öl produzierenden arabischen Länder fließenden Geldes nicht überflüssig geworden, sondern im Gegenteil in besonderer Weise herausgefordert.

Die arabischen Öl produzierenden Staaten sind — mit Ausnahme von Libyen und Algerien — kaum je Empfänger von Entwicklungshilfe gewesen. Die Direktheit, mit der die Politik dieser Länder als Argument gegen Entwicklungshilfe gebraucht wird, ist kurzschlüssig.

Politische Erpressung?

Daß wir uns vom Ölboykott haben überraschen und entsprechend erschrecken lassen, ist unsere Schuld. Die Möglichkeit, wirtschaftliche Macht als politisches Druckmittel zu verwenden, ist keine Erfindung

der Araber. Sie haben diese Methode den wirtschaftlich mächtigen Industrienationen abgeguckt. Anstelle vieler Beispiele sei das letzte erwähnt: Die wirtschaftlichen Sanktionen nicht nur der USA, sondern auch anderer Industrienationen gegen das Chile Allendes. Es grenzt an Heuchelei, sich jetzt gerade darüber aufzuregen, daß die Araber die Praktiken, die bisher nur die Industrieländer beherrscht haben, neuerdings selbst so wirksam anzuwenden verstehen. Ihre Versuche in dieser Hinsicht sind auch gar nicht neu. Schon während der Nah-Ost-Kriege von 1956 und 1967 wurden begrenzte Ölembargos verhängt, die allerdings nicht besonders wirksam geworden waren.

Auf dem Weg zur Selbständigkeit

Der seit Oktober 1973 wirksame Ölboykott hat eine monatelange Vorgeschichte. Schon seit Anfang 1973 haben auch die konservativen Öl-Emirate am persisch-arabischen Golf mit aller Deutlichkeit erklärt, daß sie Öl als politische Waffe zu gebrauchen gedenken. Im Sommer des vergangenen Jahres ist ein entsprechendes Rahmenkonzept erarbeitet und in aller Ausführlichkeit von Präsident Sadat in einer großen Rede am 23. Juli 1973 zum 21. Jahrestag der ägyptischen Revolution vorgelesen worden. Dabei definierte er die Politik des «Sich-auf-sich-selbst-verlassens» und nannte vor allem drei Punkte: 1. Herstellung einer arabischen Front im ideellen Bereich; 2. Koordination der militärischen Kapazitäten; 3. Ausnützung des wirtschaftlichen Potentials, vor allem der Waffe Erdöl. Als im September auch König Faisal, der bisher einer strikten Trennung von «Politik» und «Öl» das Wort geredet hatte, mit der Stagnierung der Ölförderung drohte, konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß konkrete Aktionen zu erwarten waren. Insofern ist der Ölboykott nicht einfach eine Folge oder Begleiterscheinung des vierten Nah-Ost-Krieges, sondern eher ist der Nah-Ost-Krieg vom Oktober 1973 Teil einer Gesamtstrategie, in der Öl einen entscheidenden Faktor darstellt. Diese Gesamtstrategie dient dem Ziel, das Selbstbewußtsein der arabischen Länder zu heben und zur politischen auch noch die wirtschaftliche Unabhängigkeit hinzuzugewinnen. Ein Ziel, das jede echte Entwicklungszusammenarbeit auch anstrebt.

Ausgesprochen überheblich ist auch der häufige Hinweis auf den arabischen Feudalismus, der diese Länder an einer echten Entwicklung hindere und einer ungerechten Verteilung des Volkseinkommens Vorschub leiste. Weit davon entfernt, die Wirtschaftsformen der arabischen Welt idealisieren zu wollen, muß es als — gelinde gesagt — peinlich bezeichnet werden, wenn die Kritik ausgerechnet aus dem Teil der Welt laut wird, der gegenwärtig nachdrücklich erlebt, wie die Ölkrise durch die Ölkonzerne manipuliert und zur eigenen Gewinnsteigerung mißbraucht wird.

Entwicklungsfinanzierung mit Öl

Die Zeit der sinnlosen Hortung arabischer Öleinnahmen ist vorbei. Schon 1971 wurde mit einem Kapital von 100 Mio Kuwaiti Dinar (zirka 1 Mia. Fr.) der arabische Fonds für wirtschaftliche und soziale Entwicklung gegründet. Hauptpartner mit einer Beteiligung von 30 Prozent ist Kuwait. Fünfzehn weitere arabische Länder in Nordafrika, im Nahen Osten und am persisch-arabischen Golf sind inzwischen beigetreten. Zu den Projekten, die aus diesem Fonds finanziert werden, kommen andere, für die sich Kuwait schon seit Jahren als bilateraler Darlehensgeber zur Verfügung gestellt hat.

Einen Schritt weiter führt das von der OECD erarbeitete «Dreiecksmodell», nach dem wesentliche Teile der arabischen Erdölmilliarden in Länder der Dritten Welt investiert würden, um diese gegenüber den Industrienationen zahlungsfähig zu machen, ohne daß sie auf deren Kredite angewiesen wären. Ob die arabischen Ölstaaten zur Bildung einer solchen solidarischen Interessengemeinschaft bereit sind, wird sich zeigen müssen. Leider gibt es auf der nördlichen Hemisphäre wenig Vorbilder, an die sie sich für das eigene Denken und Handeln in dieser Richtung halten könnten.

Damit wird die Ölkrise zur eindrucklichen Demonstration für die dringende Notwendigkeit, Entwicklungshilfe als das zu verstehen und zu verwirklichen, was sie immer hätte sein sollen: ein Ausdruck der Solidarität mit denen, die unter politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen leiden.

Peter Braunschweig
Informationsdienst Dritte Welt

Rohstoff- und Entwicklungsfragen

Außerordentliche Vollversammlung der UNO 9. April bis 2. Mai

Um es vorwegzunehmen: die bis zuletzt berechtigten Befürchtungen, die Konferenz könnte ohne Resultat auseinandergehen, wurden am 2. Mai widerlegt, indem eine Deklaration und ein Aktionsprogramm zustande kamen. Die vom algerischen Präsidenten Boumedienne vorgeschlagene Konferenz zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung hat nun doch durch «Konsens» die Proklamierung der beiden Dokumente ermöglicht. Diese schaffen die Probleme nicht aus der Welt, doch zeigen sie den einzuschlagenden Weg und machen die allgemeine Interdependenz sichtbar, die es den einzelnen Staaten nicht erlaubt, ihre Entscheidungen nur im nationalen Interesse zu fällen. Nicht